



# Kritischen Worten müssen konkrete Taten folgen

**Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 16. Juni 2017**

**„Die Absage von DITIB an die Kölner Demonstration gegen Terror und Gewalt ist falsch, aber folgerichtig. Der Moscheeverband wird von der Regierung in Ankara gesteuert und finanziert, von eben jener Regierung also, die die Türkei zur zentralen Aktionsplattform für islamistische Terrorgruppen im Nahen Osten umgebaut hat und Terrormilizen in Syrien mit Waffenlieferungen unterstützt“, erklärt Sevim Dagdelen, Beauftragte der Fraktion DIE LINKE für Migration und Integration. Dagdelen weiter:**

„Angesichts von 135 Toten infolge islamistischer Terroranschläge 2016 in Europa ist es überfällig und richtig, hier klar Farbe zu bekennen und religiös verbrämter Gewalt öffentlich eine Absage zu erteilen. Fragwürdig sind aber so manche Bündnispartner beim geplanten Protest gegen Terror und Gewalt. Dem Zentralrat der Muslime (ZMD), der gerade einmal 20.000 der rund 4 Millionen in Deutschland lebenden Muslime vertritt, gehören fundamentalistische Muslimbrüder und selbst Salafisten an. Zu den Gründungsmitgliedern des ZMD

zählt die in der Tradition der faschistischen Grauen Wölfe stehende Union der türkisch-islamischen Kulturvereine in Europa (ATIB). Unter den mehr als 20 Mitgliedsvereinigungen des ZMD stellt ATIB einen der stärkeren Verbände und mit Mehmet Alparslan Celebi seit Mai 2016 auch den Vizevorsitzenden. So verwundert es nicht, dass man vom ZMD und seinem Vorsitzenden Aiman Mazyek kein kritisches Wort über den türkischen Despoten Erdogan hört. Wer aber gegen islamistischen Terror demonstriert, darf zum Terrorpaten in Ankara und seinen Helfershelfern hier nicht schweigen. Glaubwürdigkeit geht anders.

Allein, öffentliche Bekenntnisse gegen Terror und Gewalt reichen nicht. Notwendig sind vor allem strukturelle Veränderungen in den islamischen Verbänden und eine klare Absage an die finanzielle und politische Einflussnahme durch Diktaturen und Autokratien wie der Türkei, Saudi-Arabiens, Katars oder anderer Golfstaaten. Moscheen in Deutschland müssen der Rekrutierung für islamistischen Terror und Hasspredigern Einhalt gebieten, statt den Nährboden für Angriffe auf Andersdenkende zu bereiten."